



Informationsdienst  
Erlacherhof, Junkerngasse 49  
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 76 99  
Fax 031 321 72 90  
info@bern.ch, [www.bern.ch](http://www.bern.ch)

## STELLUNGNAHME DES GEMEINDERATS ZUM BERICHT VON HERRN DR. PETER SCHORER

An seiner ausserordentlichen Sitzung vom 10. Oktober 2007 beschloss der Gemeinderat, die Vorkommnisse rund um den 6. Oktober 2007 einer gründlichen Analyse zu unterziehen. Zu diesem Zweck beauftragte er die Stadtpolizei, einen detaillierten Bericht über Vorbereitung und Einsatz zu verfassen. Gleichzeitig betraute er Herrn Dr. iur. Peter Schorer, Fürsprecher und früherer Polizeidirektor der Stadt St.Gallen, mit der Aufgabe, den internen Polizeibericht auf Vollständigkeit und Plausibilität zu überprüfen. Bestandteil seines Auftrags war ausserdem, die Rolle des Gemeinderates und des zuständigen Direktors für Sicherheit, Umwelt und Energie zu beurteilen.

Der interne Polizeibericht lag am 23. Oktober 2007 vor und wurde umgehend und ohne weitere Stellungnahme an Herrn Dr. iur. Peter Schorer weitergeleitet. An seiner heutigen Sitzung hat der Gemeinderat die Expertise von Herrn Dr. iur. Peter Schorer mit seinen Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Kenntnis genommen und heute zur Veröffentlichung freigegeben.

Zum Bericht von Herrn Dr. iur. Peter Schorer hält der Gemeinderat Folgendes fest: Die Behörden standen im Vorfeld des 6. Oktobers 2007 vor einer schwierigen Ausgangslage. Einerseits hatte die Polizei als erste Bewilligungsinstanz den Organisatoren der SVP-Kundgebung im Februar 2007 ein grundsätzlich positives Signal für den Umzug als auch für die Platzdemonstration gegeben. Andererseits war die Polizei ab Ende August 2007 mit der Forderung konfrontiert, eine Gegenkundgebung zu bewilligen.

Die Meinungsäusserungsfreiheit ist ein Grundpfeiler des demokratischen Staates. Daher ist nach Ansicht des Gemeinderates höchste Zurückhaltung angebracht, wenn es darum geht, dieses demokratische Grundrecht einzuschränken. Dies gilt erst recht kurz vor Wahlen. Gerade im Falle der SVP-Kundgebung hätte eine Einschränkung der Bewilligung der Stadtregierung die Kritik eingebracht, nicht aus Sicherheitsgründen, son-

dem aus politischen Gründen gegen die SVP entschieden zu haben. Diesem Vorwurf wollte sich der Gemeinderat nicht aussetzen.

Der Gemeinderat nimmt selbstkritisch zur Kenntnis, dass sich gerade diese Zurückhaltung ungünstig auf die Ereignisse vom 6. Oktober 2007 ausgewirkt hat. So legte die Stadtregierung gemäss den Schlussfolgerungen von Herrn Dr. Peter Schorer ihren strategisch-politischen Handlungsspielraum offenbar zu eng und restriktiv aus.

Für den Gemeinderat ist dieser Befund eine Aufforderung, diese Frage vertieft zu klären. Diskussions- und Klärungsbedarf gibt es vor allem im Hinblick auf Police Bern und auf die Zusammenarbeit von Stadt und Kanton im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Auf jeden Fall zieht der Gemeinderat aus den gemachten Erfahrungen die Lehre, sich künftig detaillierter ins Bild setzen zu lassen und Bewilligungen vermehrt an Auflagen und Bedingungen zu knüpfen. In diesem Sinne bereits reagiert hat der Gemeinderat in Zusammenhang mit der spontanen Kundgebung auf dem Bundesplatz zur jüngsten Bundesratswahl.

Der Gemeinderat hat die Expertise zum 6. Oktober 2007 heute morgen umgehend dem zuständigen kantonalen Polizeidirektor Hans-Jürg Käser zukommen lassen. Die Stadtregierung will die Erkenntnisse aus dem Bericht Schorer im Rahmen der geplanten Gespräche zu Police Bern mit den kantonalen Behörden einfliessen lassen und gemeinsam mit dem Kanton auch die entsprechenden Vorkehrungen treffen. Dabei wird es vor allem darum gehen müssen, die Handlungsspielräume von Stadt und Kanton sowie die Schnittstellen klar zu definieren.